

DIE TREUHAND UND DAS
ENDE DER DDR-WIRTSCHAFT

FESTVORTRAG ANLÄSSLICH DER VERLEIHUNG
DES DEUTSCHEN LOKALJOURNALISTEN-PREISES
FÜR DEN PREISJAHRGANG 2012 AM 30. SEPTEMBER 2013
AUF DER WARTBURG / EISENACH

Richard Schröder



INHALT

5 | DIE TREUHAND UND DAS ENDE DER DDR-WIRTSCHAFT

FESTVORTRAG ANLÄSSLICH DER VERLEIHUNG DES
DEUTSCHEN LOKALJOURNALISTENPREISES FÜR
DEN PREISJAHRGANG 2012 AM 30. SEPTEMBER 2013
AUF DER WARTBURG / EISENACH

Richard Schröder

20 | DER REDNER

20 | ANSPRECHPARTNER IN DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2013, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

DIE TREUHAND UND DAS ENDE DER DDR-WIRTSCHAFT

FESTVORTRAG BEI DER VERLEIHUNG DES DEUTSCHEN
LOKALJOURNALISTENPREISES FÜR DEN PREISJAHRGANG 2012
AM 30. SEPTEMBER 2013 AUF DER WARTBURG / EISENACH

Richard Schröder

„Die Treuhandanstalt hat unsere Wirtschaft ruiniert.“ So erklären sich viele Ostdeutsche den Zusammenbruch großer Teile der DDR-Wirtschaft. Die ungeheure Arbeitslosigkeit ab 1990 traf die Ostdeutschen umso härter, als sie Arbeitslosigkeit bis dahin nicht kannten – abgesehen von den wenigen, aber skandalösen Fällen der Arbeitslosigkeit als Strafe für Regimekritiker wie Robert Havemann und für die Ausreiseartragsteller. Zudem war in der DDR der Betrieb in viel höherem Maße als im Westen Lebensmittelpunkt, meistens mit eigenen Freizeit- und Ferienangeboten. Und nun brach das alles weg. Was lag da näher, als die Treuhandanstalt für diese biographische Katastrophe verantwortlich zu machen? Aber das Naheliegende ist nicht immer auch das Richtige. In Wahrheit hat der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft nicht eine, sondern mehrere Ursachen, und die hatten mit der Treuhand gar nichts zu tun. Man kann das auch so sagen: Der Treuhand ist eine geradezu unlösbare Aufgabe vor die Füße gelegt worden. Hätte sie keinen einzigen Fehler gemacht – eine absurde Erwartung –, wäre das Ergebnis dennoch für viele schmerzlich ausgefallen.

Wenn die Treuhand die DDR-Wirtschaft ruiniert hat, muss sie vorher in gutem Zustand gewesen sein. Dagegen habe ich zwei unverdächtige Zeugen, die DDR-Bürger selbst und den obersten Planungschef der DDR, Gerhard Schürer (SED). Alle DDR-Bürger waren scharf auf Westwaren und Westgeld. In der DDR gab es Geschäfte, in denen man für Ostgeld gar nichts, aber für Westgeld Westwaren kaufen konnte, die Intershops. Ostgeld durfte man aber nicht in Westgeld eintauschen, das wurde bestraft. Im Westen wurden zwar Ostwaren verkauft, aber nicht in besonderen Läden, sondern versteckt und sehr preiswert in Waren- oder Versandhäusern, übrigens bei anständiger Qualität. Man hielt aber die Herkunft aus der DDR lieber geheim. Oft waren sie nach westlichen Plänen in der DDR gefertigt worden („Gestattungsproduktion“), denn die DDR war schließlich technologisch zehn bis zwanzig Jahre hinter den westlichen Standard zurückgefallen. Den Unterschied konnte man beim Vergleich zwischen Trabant und Golf mit Händen greifen. So sah die Sache in Richtung Westen aus. In Richtung Osten war das ganz anders. Da standen Waren aus der DDR oft in hohem Ansehen.

Über die DDR-Wirtschaft haben wir uns seinerzeit bissige Witze erzählt. Manche im Osten wollen sie heute nicht mehr hören. Sie fühlen sich beleidigt. Ich kann diese Empfindlichkeit nicht akzeptieren. Denn wir Ostdeutschen können durchaus stolz sein auf das, was wir in Familie und Beruf geleistet haben unter den erschwerenden Umständen von Diktatur und Mangelwirtschaft. Aber bitte nicht nachträglich stolz sein wollen auf die erschwerenden Umstände. Die haben wir uns doch weder gewünscht noch ausgesucht. Sie wurden über uns verhängt. Ich erzähle jetzt drei solcher Witze, rein wissenschaftlich als historische Zeugen. Also bitte nicht lachen, damit niemand beleidigt ist.

1. Was passiert, wenn der Sozialismus in der Sahara eingeführt wird?
Drei Jahre nichts, dann wird der Sand knapp.
2. Der Sozialismus hat von allen bisherigen Gesellschaftsordnungen etwas übernommen: vom Kapitalismus die vielen Krisen, vom Feudalismus die vielen Könige, von der Sklavenhalterordnung den Umgang mit den Menschen und von der Urgesellschaft die Produktionsmethoden.

3. Die sieben Weltwunder der DDR:

1. Obwohl niemand arbeitslos ist, hat die Hälfte nichts zu tun.
2. Obwohl die Hälfte nichts zu tun hat, fehlen Arbeitskräfte.
3. Obwohl Arbeitskräfte fehlen, übererfüllen wir die Pläne.
4. Obwohl wir die Pläne übererfüllen, gibt es in den Läden nichts zu kaufen.
5. Obwohl es in den Läden nichts zu kaufen gibt, haben die Leute fast alles.
6. Obwohl die Leute fast alles haben, meckert die Hälfte.
7. Obwohl die Hälfte meckert, wählen 99,9 Prozent die Kandidaten der Nationalen Front.

Nun der zweite Zeuge. Gerhard Schürer war einer der wenigen Spitzenfunktionäre der SED, der nach 1990 ehrlich bemüht war, Rechenschaft abzulegen darüber, was er gewusst und getan hat. Seit 1978 hatte er immer wieder versucht, die Wirtschaftspolitik der SED zu korrigieren, vergeblich. 1989 hat er Honecker ausführliche Reformvorschläge gemacht. Der hat sie an Günter Mittag weitergegeben, der im Politbüro für Wirtschaftsfragen zuständig war. Und der hat bloß erklärt, die Vorschläge widersprächen den Beschlüssen des VIII. Parteitag. Damit war die Sache erledigt. Ein anderes Mal hat Schürer Honecker einen ehrlichen Entwurf für den Staatshaushalt mit acht Milliarden Mark Defizit vorgelegt. Darauf hat Honecker erklärt, im Sozialismus gebe es kein Staatsdefizit, er solle den Plan überarbeiten. Das hat Schürer mithilfe der üblichen Tricks getan. Honecker dazu: Na bitte, warum nicht gleich?

Schürers grundsätzliche Kritik an der sozialistischen Planwirtschaft lautet, sie habe dem Subjektivismus Tor und Tür geöffnet. Die Funktionäre konnten Anordnungen treffen und Ziele vorgeben wie sie gerade wollten, ohne Rücksicht auf die ökonomischen Zusammenhänge und Folgen. Egon Krenz muss etwas von der Vogelstraußpolitik im Politbüro geahnt haben. Nachdem er Honecker abgelöst hatte, beauftragte er die führenden Wirtschaftsfunktionäre, ihm die Lage der DDR-Wirtschaft ungeschminkt darzustellen. Dieses Gutachten ist als Schürer-Gutachten bekannt geworden und im Internet zugänglich. Es ist auf den 31. Oktober 1989 datiert. Auch der Modrow-Regierung ist es bekannt gewesen, aber als geheime Verschlussache. Dem Runden Tisch war es unbekannt.

Bei der letzten Sitzung des Zentralkomitees der SED Ende 1989 fragte jemand: Wir haben gehört, die DDR hätte Staatsschulden. Stimmt das? Darauf Krenz: Dazu kann ich nichts sagen, da müsste erst die Volkskammer die Vorschriften über die Staatsgeheimnisse ändern. Bei den Koalitionsverhandlungen nach der Volkskammerwahl kannte nur Lothar de Maiziere das Gutachten. Es wurde erst in der zweiten Hälfte 1990 öffentlich. Krenz hat den Inhalt dieses Gutachtens Michael Gorbatschow bei seinem Antrittsbesuch vorgetragen. Der hat geantwortet: Dass es um die DDR-Wirtschaft so schlecht bestellt sei, überrasche ihn. Aber die Sowjetunion könne der DDR nicht helfen, sie habe selbst wirtschaftliche Probleme genug.

Schürer legt dar, dass die Verschuldung der DDR im Inland und in Devisen eine Höhe erreicht hat, die ohne weitere Westkredite zur Zahlungsunfähigkeit führt. Über Jahre seien Investitionen in die Produktionsanlagen und die Infrastruktur unterblieben zugunsten des Konsums. Über die Hälfte der Produktionsanlagen sei verschlissen, Tendenz zunehmend. Neu entwickelte Produkte hätten nicht in die Produktion eingeführt werden können. Anmerkung: Das galt auch für sehr attraktive Prototypen von Trabant und Wartburg, die im Internet beschrieben werden. Weiter: Die sozialpolitischen Maßnahmen hätten nicht vollständig auf eigenen Leistungen beruht und hätten zur wachsenden Westverschuldung geführt. Im Klartext: Die DDR hat über ihre Verhältnisse und auf Pump gelebt. Und er macht Vorschläge für eine Wirtschaftsreform, von denen ich folgende hervorhebe:

1. „Drastischer Abbau von Verwaltungs- und Bürokräften.“

Der Anteil nicht produzierender Mitarbeiter war bei den Ostbetrieben viel höher als im Westen, wegen der Planwirtschaft mit ihrer zentralistischen Regulierungswut. Das erhöhte die Produktionskosten und verringerte die Arbeitsproduktivität.

2. „Bedeutende Einschränkung von Arbeitsplätzen.“

Das heißt, es wird Arbeitslose geben, weil zu viele in den Betrieben beschäftigt sind, die gar nicht gebraucht werden, also verdeckte Arbeitslosigkeit. Sie wird auf 16 Prozent geschätzt. Es kam aber noch etwas dazu. Die DDR hat zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und um das Recht auf Arbeit zu garantieren die Automatisierung und Rationalisierung

bewusst gebremst. Der DDR-Planungschef Schürer nahm an, dass die Arbeitsproduktivität der DDR um dreißig Prozent niedriger sei als in der Bundesrepublik. Heute wird angenommen, dass sie dreißig Prozent der westlichen betrug. Wenn also im Westen dreißig Arbeitsstunden für ein bestimmtes Produkt aufgewendet wurden, waren im Osten vor der Sanierung hundert Arbeitsstunden nötig. Wenn man die Arbeitsproduktivität steigert, muss man entweder mit derselben Anzahl Beschäftigter mehr Güter produzieren – aber woher zusätzliche Kunden nehmen, die Märkte waren ja gesättigt –, oder man muss die Anzahl der Beschäftigten reduzieren. Und so kam es zu den enormen Arbeitslosenzahlen.

3. „Grundlegende Veränderung in der Subventions- und Preispolitik.“

Er meint damit, man solle aufhören, Dinge unter ihren Herstellungskosten zu verkaufen. In der DDR wurden die Grundnahrungsmittel und die Energie unter den Herstellungskosten verkauft. Auch die Mieten waren enorm subventioniert, das heißt künstlich niedrig gehalten. Die Folge davon war, dass die Häuser verfielen. Diese Subventionen – 1989 beliefen sie sich auf 50 Milliarden jährlich! – hatten absurde Folgen. Man verfütterte lieber Brot als Korn an die Hühner, weil das Brot billiger war. Die Kleintierzüchter bekamen für das Kaninchen einen höheren Aufkaufpreis als es dann im Laden kostete. Das Geld für diese riesigen Subventionen fiel natürlich nicht vom Himmel. Es wurde dadurch eingesammelt, dass alle technischen Güter künstlich verteuert wurden.

4. Zum technologischen Rückstand der DDR

Der technologische Rückstand der DDR war vor allem dadurch zustande gekommen, dass man die Elektronisierung verpasst hatte. Bekanntlich wollte Honecker das wettmachen und ließ einen 256-Kilobyte-Chip entwickeln, der mit viel Pomp gefeiert wurde. Schürer berichtet von diesem Chip: Die Produktionskosten beliefen sich auf 536 Ostmark, verkauft wurde er für 16 Ostmark, im Westen kostete derselbe Chip 6 Westmark. Schürer empfahl damals, auf solchen wahnsinnig teuren Ehrgeiz zu verzichten – vergeblich.

5. „Senkung des Planungs- und Verwaltungsaufwandes.“

Das heißt also: mehr Markt.

6. „Klein- und Mittelbetriebe aus den Kombinatn ausgliedern.“

Das sollte mehr Flexibilität bringen. Die Kombinate waren zu groß und zu träge.

7. „Die Rolle des Geldes als Maßstab für Leistung, wirtschaftlichen Erfolg und Misserfolg ist wesentlich zu erhöhen.“

Die Planwirtschaft hat die Betriebe zugunsten einer zentralen Lenkung kastriert. Die VEBs durften keine Preise festlegen. Sie waren auch nicht für Materialbeschaffung, Verkauf und Vertriebsnetz oder Kundenwerbung zuständig. Sie durften nicht über Investitionen und ihre Produkte entscheiden. Das alles wurde von außen zentral festgelegt. Entscheidend war nicht der Gewinn in Geld, resultierend aus der betriebswirtschaftlichen Bilanz, sondern die Planerfüllung, die nach einer Vielzahl von PlanKennzahlen bemessen wurde. Daher der große Verwaltungsaufwand. Das also will Schürer ändern. Die Betriebe verfügten über sehr gute Facharbeiter, sehr gute Ingenieure, aber kaum erprobte Kaufleute und keine erfahrenen Marketing-Spezialisten. Dieses Manko wurde ihnen beim Eintritt in die Marktwirtschaft oft zum Verhängnis und hat die Arbeit der Treuhand ungemein erschwert. Zum 1. Juli 1990, also zur Währungsunion, sollten alle Unternehmen der DDR eine DM-Eröffnungsbilanz erstellen, damit man weiß, wie es um sie steht. Aber es kam nichts. In den Betrieben wusste niemand, wie man eine Betriebsbilanz macht. Es fehlten die notwendigen Angaben, da die Planwirtschaft von ihnen andere Angaben eingefordert hatte. Diese Eröffnungsbilanzen zum 1. Juli 1990 lagen erst im Oktober 1992 vollständig vor. Deshalb gab es 1990 noch gar keine seriöse Grundlage für eine Schätzung des Industrievermögens der DDR. Viele regen sich bis heute darüber auf, dass die Treuhandmitarbeiter von der persönlichen Haftung weitgehend freigestellt worden sind. Der Grund ist einfach der, dass sie handeln sollten ohne die notwendigen Informationen über ihre Betriebe zu haben. Niemand übernimmt die Haftung für unkalkulierbare Risiken. Die Empörung ist künstlich.

8. „Der Wahrheitsgehalt der Statistik und Information ist auf allen Gebieten zu gewährleisten.“

Wenn nicht das Geld Maßstab der Leistungskraft ist, sondern ein Gerüst von Plankennzahlen, dann lässt sich viel tricksen. Ohne Trickserei ging doch in der Planwirtschaft gar nichts. Die statistische Trickserei gab es auch sehr weit oben. Schürer berichtet, dass in der offiziellen DDR-Statistik eines Jahres die Zahl der Industrieroboter enorm gestiegen war. Die Erklärung dafür: Man hatte den Industrieroboter so umdefiniert, dass nun auch die Melkmaschinen Industrieroboter waren.

Zehn Tage nach Schürers Reformprogramm öffnete sich die Mauer. Ein Jahr später war Deutschland vereinigt. Schürers Reformprogramm musste – unter völlig veränderten Rahmenbedingungen – die Treuhandanstalt durchführen. Die völlig veränderten Rahmenbedingungen waren verursacht durch die Maueröffnung und Währungsunion. Die Maueröffnung, dieses Jahrhundertereignis, hat uns alle begeistert, völlig zu Recht. „Wahnsinn“ war damals das geflügelte Wort. Für die DDR-Wirtschaft aber war die Maueröffnung ein schwerer Schlag. Da prallten zwei Warenwelten ungebremst aufeinander, darunter viele hochbegehrte Waren, die es für Ostgeld gar nicht gab wie Computer, neueste Unterhaltungselektronik, Mode – kurz alles, was sich nun Ostdeutsche vom Westbesuch mitbrachten. Die anderen ehemals sozialistischen Länder konnten ihre einheimische Warenwelt vor den Westwaren eine Zeit lang noch mit Zöllen schützen. Da aber niemand an der innerdeutschen Grenze wieder Zollkontrollen einführen wollte, nahm das Schicksal der DDR-Waren seinen Lauf: Die Ostdeutschen verachteten sie, auch über das berechnete Maß hinaus. Denn viele Lebensmittel im Westen waren nicht besser, sondern bunter verpackt.

Bald forderten die Leipziger Montagsdemonstranten: „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr.“ Und zwar wollten sie die DM eins zu eins haben. Wenn man an die Löhne und die Renten dachte, war das alternativlos. Die Löhne Ost lagen damals, 1:1 gerechnet, bei 30 Prozent West. Bei Facharbeitern waren es 48 Prozent, weil in der DDR der Einkommensunterschied zwischen Facharbeitern und Hochschulabsolventen niedriger war als im Westen. Hätte man – bei Westpreisen – die Einkommen in der DDR damals 1:4 umgestellt, wäre das ostdeutsche Durchschnittseinkommen unter Sozialhilfeniveau West gesunken. Dann hätten die DDR-Bürger die Bundesrepublik gestürmt. Aber für die DDR-

Wirtschaft war der Umtauschkurs von 1:1 bei Einkommen und 1:2 bei Guthaben und Schulden ein schwerer Schlag.

Kam also die Währungsunion zu früh? Das kann man so auch nicht sagen. Denn wenn die massive Abwanderung nach dem Mauerfall weitergegangen wäre, hätte auch das die DDR-Wirtschaft massiv beeinträchtigt, denn es gingen ja oft die besten. Vor allem hätte es im Westen die Stimmung verhegeln und den westdeutschen Gegnern der deutschen Einheit mächtig Aufwind geben können. Es gab ja reichlich Warnungen vor der „Einwanderung in unsere Sozialsysteme“ (Lafontaine). Zwar setzte sich die Abwanderung nach der Währungsunion fort, aber auf ein Siebtel reduziert. Bis zur Ankündigung der Währungsunion gingen 2.000 bis 3.000 täglich, danach nur noch ca. 2.000 wöchentlich.

Es gab da aber noch ein anderes Problem. Anfang 1990 beschloss nämlich der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) der ehemals sozialistischen Länder, zum Jahresende die interne Verrechnungseinheit Transferrubel abzuschaffen und auch den „innersozialistischen“ Handel auf Weltmarktpreise umzustellen. Die Folge davon war, dass schon 1990 namentlich Ungarn und die CSR Waren aus der DDR nicht mehr abnahmen. Wenn sie ohnehin in Devisen zahlen müssen, dann kaufen sie doch lieber in Japan, Taiwan oder Südkorea ein als in der DDR, haben die gesagt. Die Währungsunion hat also für den Osthandel der DDR einen Zustand bewirkt, der ohne sie ein knappes halbes Jahr später auch eingetreten wäre. Und auch in den anderen ehemals sozialistischen Ländern gab es ab 1990 Rieseneinbrüche bei der Produktion, auch ohne Währungsunion. Ungarns Ikarus-Busse zum Beispiel wollte auch niemand mehr haben.

Hier auf der Wartburg liegt es nahe, sich das alles noch einmal an dem Auto gleichen Namens zu vergegenwärtigen. Der PKW Wartburg kostete als Zweitakter etwa 18.000 Ostmark (M) – mit Wartezeiten bis zu zwanzig Jahren. Er wurde auch in Belgien verkauft, denn dort gab es noch kein Zweitakterverbot, und zwar für 3000 Westmark (DM). Für den Außenhandel der DDR mit dem NSW, dem „nichtsozialistischen Währungsgebiet“, galt 1989: Man musste in der DDR durchschnittlich 4,4 M aufwenden, um 1 DM zu erwirtschaften. Das war gemeint mit dem Umtauschkurs 4,4 M:1 DM. Denn umtauschen durfte man ja gar nicht. Beim PKW Wartburg war aber sogar ein Kurs 6:1 noch attraktiv für die DDR, solange Lohn und Material in M bezahlt wurden. Mit der Währungsunion endeten auch die staatliche Vorgabe der Preise und die Subventionen.

Was sollte nun der PKW Wartburg kosten? Inzwischen war er mit VW-Motor versehen und kostete als Viertakter stolze 33.000 M! Wenn man ihn 1:1 verkaufen wollte, bekam man keinen einzigen los. Das Autowerk Eisenach bot ihn nun für 10.000 DM an, plötzlich ohne Wartezeit. Als die Treuhand nachfragte, wie hoch die Produktionskosten pro Auto sind, bekam sie zur Antwort: 15.000 DM. Die Treuhand war misstrauisch, forschte nach und kam auf 17.000 DM. Die Treuhand als Eigentümer musste auf jeden verkauften Wartburg 7.000 DM draufzahlen. Das hat sie dann noch vier Monate gemacht, was 101 Millionen DM Zuschuss ergab. Die Betriebsleitung hat einfach wie zu DDR-Zeiten weitergemacht, Planwirtschaft ohne Plan sozusagen. Früher hatte der Staat alles bezahlt, jetzt eben die Treuhand, die ja letztlich auch aus der bundesdeutschen Staatskasse bezahlt wurde. Im April wurde die Produktion des Wartburg eingestellt. Gegen die Schließung haben die Arbeiter heftig protestiert und die Autobahn blockiert. Eine Lösung für die 7000 DM minus pro Auto aber hatten auch sie nicht. VEB Jenoptik und Interflug haben täglich ein Defizit von einer Million hingelegt. Wenn die Treuhand nicht von der Währungsunion an mit Milliardenkrediten eingesprungen wäre, wäre der allergrößte Teil der DDR-Wirtschaft bereits Ende Juli 1990 pleite gewesen.

Hartnäckig hält sich das Gerücht, das Industrievermögen der DDR habe einen Wert von 600 Milliarden DM gehabt. Daraus habe die Treuhand einen Schuldenberg von 250 Milliarden gemacht. Und dann kommt der Verdacht, das viele Geld hätten sich Westdeutsche unter den Nagel gerissen. Nun prüfen wir die These einmal am PKW Wartburg. Opel ist gekommen und hat sich in Eisenach angesiedelt. Opel hat weder die Maschinen noch die Gebäude des Eisenacher Werks übernommen. Opel hat das Industrievermögen der DDR einfach verschmäht, statt sich an ihm zu bereichern. Die vorhandenen Gebäude und Maschinen waren nämlich für Opel unbrauchbar. Der Schatz vor Ort waren die Menschen, das sogenannte Humankapital, glänzende Facharbeiter und Ingenieure, die keine großen Probleme hatten, sich in die neuen Standards einzuarbeiten und sehr flexibel waren. Die alten Gebäude wurden meist abgerissen. Die Werksgelände ließen sich erst verkaufen, wenn die Treuhand die Beseitigung der Umweltschäden bezahlt hat. Insgesamt hat sie für die ökologische Sanierung von Betriebsgrundstücken 44 Milliarden DM ausgegeben.

Aber wo sind dann die DDR-Werte geblieben? Ich hatte zu DDR-Zeiten einen PKW Wartburg. Anfang 1989 hätte ich auf dem Schwarzmarkt noch fünfzig Prozent Neuwert bekommen können, was fast mein Jahresgehalt netto war. 1991 hat ihn meine Tochter nicht einmal geschenkt genommen. Er verbrauche zu viel (bis zu 12 Liter Gemisch), stinke zu sehr und sei zu reparaturanfällig. Sie hat sich einen gebrauchten VW Passat für 1.500 DM gekauft. Nun frage ich: Welcher Westdeutsche hat den Wert meines Wartburgs gestohlen? Das Auto hatte ich ja noch, nur der Wert war weg. Warum? Waren, die niemand mehr haben will, verlieren unbittlich ihren Verkaufswert, egal, wie viel ihre Produktion gekostet hat. Die Arbeit der Treuhandanstalt möchte ich hier nur allgemein charakterisieren. Sie hat die Unternehmen nicht meistbietend versteigert, sondern sich jedes Kaufgesuch genau angesehen. Sie hat Käufer gesucht, die sich in der Branche und auf dem Markt auskennen. Diese mussten ein erfolgversprechendes Produktionskonzept vorlegen, das extern überprüft wurde. Sie mussten Geld mitbringen und verbindliche Zusagen für Investitionen machen. Und sie mussten eine Anzahl von Arbeitsplätzen garantieren. Diese Sanierung der Unternehmen bedeutete zumeist eine völlige Erneuerung der Produktionsmittel und eine neue Produktpalette.

Nun möchte ich auf Vorwürfe eingehen, die unberechtigt gegen die Treuhand erhoben werden, und zwar bis heute.

1. „Statt das volkseigene Vermögen der DDR-Bevölkerung durch Anteilscheine zugänglich zu machen, wurde es der Treuhand übergeben, die es verschleudert hat.“

Die Idee von den Anteilscheinen, die am Runden Tisch eine beachtliche Rolle gespielt hat, beruhte auf der falschen Voraussetzung, die DDR-Betriebe seien schuldenfrei, weil doch auf volkseigene Grundstücke keine Hypotheken aufgenommen werden durften. In Wahrheit hatte die SED die Ausrüstungen der Betriebe mit Milliardenbeträgen beliehen, um den Staatshaushalt stimmig zu machen. Aber die DDR-Staatsschulden waren damals ja noch Staatsgeheimnis. Die Treuhand hat diese sogenannten Altschulden schließlich in Höhe von 107 Milliarden DM übernommen. Wäre die Bevölkerung durch Anteilscheine Eigentümer dieser Betriebe geworden, hätte sie auch die Schulden am Hals gehabt. Denn erben kann man immer nur ganz oder gar nicht. Und woher bitte hätten die DDR-Betriebe dann Kapital und Know-how bekommen sollen, wie es die Käufer mitbrachten? Die Idee mit den Anteilscheinen war erschreckend naiv,

hat aber bis heute glühende Anhänger. Am 13. September 1990 hat Wolfgang Ullmann den Treuhandchef Detlev Karsten Rohwedder in der Volkskammer gefragt, ob und wann DDR-Bürger Anteilscheine am volkseigenen Vermögen erhalten. Rohwedders Antwort war, er sehe das für absehbare Zeit überhaupt nicht. Wörtlich: „Ich glaube, dass die Beanpruchungen der Treuhandanstalt möglicherweise größer sind als die Mittel, die ihr durch Privatisierung und Verkäufe zur Verfügung stehen.“ Mit anderen Worten: Die Treuhand wird mit Minus abschließen. Das war am 13. September.

2. „Aus 600 Milliarden DM hat die Treuhand 250 Milliarden DM Schulden gemacht.“

Als Zeuge dafür, dass das Industrievermögen der DDR 600 Milliarden DM betrug, wird regelmäßig Rohwedder angeführt. Dieser hatte am 19. Oktober 1990 seinen ersten Auftritt im Ausland, in der Bundeswirtschaftskammer Wien. Er sah sich verpflichtet, eine Zahl zum Verkaufswert der Betriebe zu nennen. Die Verbindlichkeiten, nämlich die Betriebsschulden, die ökologische Sanierung, Sozialpläne und die laufenden Zuschüsse bis zum Verkauf, also die Privatisierungskosten, wurden dabei natürlich nicht berücksichtigt, denn die sollten ja nicht die Käufer tragen. Er bat den damaligen Finanzvorstand der Treuhand, Wolfram Krause, einen Ostdeutschen, um eine Zahl. Wie diese zustande kam, stand damals im *Spiegel*. Ich zitiere: „Das Milliardenvermögen ergibt sich aus der schlichten Umrechnung einer zweifelhaften Schätzung aus Modrow-Zeiten über das Betriebsvermögen der Treuhand: 750 Milliarden Ost-Mark, umgerechnet zum Kurs 1:3, macht 250 Milliarden DM, der Rest seien die Grundstücke“. Der *Spiegel* bemerkt dazu: „Auf so dubios kalkulierte Vermögenswerte gibt keine Bank Kredit.“ Rohwedder hat noch im selben Jahr eine Schätzung der Gesamtkosten der Privatisierung in Auftrag gegeben. Sie lag Februar 1991 vor und belief sich auf 400 Milliarden DM minus, denen der Privatisierungsgewinn gegenüberstand. Nach Fertigstellung der Eröffnungsbilanzen zum 1. Juli 1990 (!) im Jahre 1992 (!) konnte man genauer rechnen und kam auf ein Defizit von 210 Milliarden DM, eine erstaunlich genaue Prognose. Doch das alles wird nie zitiert, weil man sich darüber nicht empören und bejammern kann.

3. „Nur fünf Prozent des Treuhandvermögens ist in die Hand von Ostdeutschen gelangt.“

Auch diese Behauptung ist falsch. Man könnte ja daraus folgern, dass 95 Prozent der Arbeitgeber im Osten Westdeutsche seien, was natürlich völliger Blödsinn wäre. Berechnet worden ist diese Zahl nach den Arbeitsplätzen, nicht nach Betriebseinheiten. Man hat außerdem die sogenannte „Kleine Privatisierung“ außen vorgelassen, die 30.000 kleinere Einheiten betraf, nämlich Geschäfte, Hotels, Gaststätten, Apotheken usw., die fast vollständig an Ostdeutsche gingen, oft an die bisherigen Geschäftsführer, die ja eingearbeitet waren. Außerdem sind ca. 3000 Unternehmen oder Unternehmensteile an Mitarbeiter (MBO) oder auswärtige Fachleute (MBI) verkauft worden. Auch dabei sind viele Ostdeutsche zum Zuge gekommen, wenn sie entsprechende Qualifikationen mitbrachten. Denn die Finanzierung eines erfolgsversprechenden Konzepts war dann in der Regel keine unüberwindliche Hürde. Die ganz großen Brocken aber sind ja gar nicht an westdeutsche Einzelpersonen gegangen, sondern an westliche Großunternehmen. Deren Pendant im Osten wären die Kombinate gewesen, aber die waren doch gerade die Patienten. Außerdem wird hier suggeriert, man habe ein Stück von der Treuhand gebraucht, um im Osten wirtschaftlich tätig zu werden. Irrtum. Auf der grünen Wiese war es sogar oft billiger. Eines stimmt allerdings: in den größeren Unternehmen und auch in der öffentlichen Verwaltung war der neue Chef fast immer ein Westdeutscher. Andererseits ist aber bei vielen Unternehmen ein westdeutscher Geschäftsführer plus ostdeutsche Ingenieure und Facharbeiter das Erfolgsrezept geworden, wie bei Multicar oder Pico, um Thüringer Beispiele zu nennen.

4. „Die Treuhand hat im Auftrag westdeutscher Unternehmen die ostdeutsche Konkurrenz plattgemacht und ausgeschaltet.“

Mir ist kein einziger derartiger Fall bekannt. Vor welchen DDR-Produkten musste sich denn die westliche Konkurrenz fürchten? Es gab zwar DDR-Produkte, die Weltspitze waren, aber viele waren das nicht. Meißner Porzellan, Blüthner-Klaviere, wohl auch die Doppelstockwaggons. Die meisten bisherigen DDR-Produkte waren entweder veraltet, wie die Kameras, oder nun zu teuer. Es ist wohl vorgekommen, dass ein DDR-Betrieb erst gekauft und dann geschlossen wurde, aber aus einem anderen Grund. Ein Schraubenfabrikant etwa wollte mit dem Ost-Betrieb die östlichen Märkte beliefern. Als die aber wegbrachen, hat er den Ost-

betrieb geschlossen und nicht seinen Stammbetrieb. So etwas war für die betroffenen Ostdeutschen traurig und schmerzlich, aber nicht hinterhältig gemein. Die Sowjetunion hatte 1990 gefordert, das vereinigte Deutschland müsse alle Lieferverpflichtungen der DDR übernehmen. Die Bundesregierung hat das zugesagt, denn das war Arbeitsplatzsicherung in Ostdeutschland. Und Helmut Kohl wollte ja auch in Ostdeutschland gewählt werden. Im Juni 1991 hat die Bundesregierung mit der Sowjetunion ein Handelsabkommen über 21 Milliarden DM geschlossen, das vorzugsweise Ostbetrieben genützt hätte. Ein halbes Jahr später war die Sowjetunion verschwunden, das Abkommen Makulatur und weitere hoffnungsvolle Ostunternehmen waren ohne Kundschaft, namentlich der Waggonbau. Man hatte vergeblich modernisiert.

Aber das Kaliwerk Bischofferode, da ist doch ostdeutsche Konkurrenz plattgemacht worden, heißt es! Am Mythos Bischofferode muss ich leider auch ein wenig kratzen. Kaliwerke gab es ja diesseits und jenseits der innerdeutschen Grenze, wobei die ostdeutschen beim Export den Vorzug hatten, das sie bei Löhnen in Ostgeld den Weltmarktpreis unterbieten konnten. Dieser Vorteil verschwand mit der Einführung der DM. Auf dem Weltmarkt wurde damals Kali reichlich angeboten. Die Kaliwerke West und Ost wurden unter Aufsicht der Treuhand in einer neuen Gesellschaft vereinigt. Im Umfeld dieser Neugründung wurden vier Kaligruben geschlossen, weil man nicht beliebige Mengen absetzen konnte und nur die rentabelsten Gruben weiterbetreiben bzw. modernisieren wollte. Geschlossen wurden zwei Werke im Westen und zwei im Osten. Von Bischofferode hieß es damals, die Produktionskosten für eine Tonne Kalisalz lägen 300 DM über dem Weltmarktpreis. Das hätte man vielleicht durch Modernisierung ändern können, aber es gab außerdem ein bergtechnisches Risiko durch austretendes Gas, das bei anderen Gruben nicht bestand. Die Kumpel von Bischofferode protestierten gegen den Schließungsbeschluss mit Hungerstreik und einem Marsch zur Treuhandanstalt in Berlin. Sie behaupteten nämlich, es gäbe einen sicheren Abnehmer für ihr Salz in Norwegen, der den Aufpreis bezahlt, weil er genau auf diese ihre Körnung eingerichtet sei. Das haben aber die Norweger nicht bestätigt. Den Bischofferoder Kumpeln ist übrigens ihr Gehalt zwei Jahre lang weiterbezahlt worden. Grundsätzlich darf man sagen: Diejenigen, die im Zuge der Privatisierung entlassen werden mussten, sind in einer Weise entschädigt worden, wie es sie weiter östlich nirgends gegeben hat. Auch dafür hat die Treuhand Milliarden ausgegeben.

Neben dieser unberechtigten Kritik gibt es eine zweite Art von Kritik, die berechtigt wäre, wenn die Treuhand Erfahrungen mit der Privatisierung einer Volkswirtschaft gehabt hätte, über ihre Unternehmen von Anfang an vollständig informiert gewesen wäre und mehr Zeit, mehr Geld und mehr Fachleute zur Verfügung gehabt hätte. Wäre, hätte, jedoch die Verhältnisse, die waren nicht so. Es gab eine Menge von Büchern zum Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, aber wohl nur eines für den umgekehrten Übergang. Die Aufgabe der Treuhand war ohne Vorbild. Die dritte Art von Kritik betrifft die vermeidbaren Fehler. Die ersten Privatisierungsverträge enthielten noch keine Passagen über Vertragsstrafen bei Nichteinhaltung der Zusagen für Investitionen und Arbeitsplätze. Die Idee, Vertriebsgesellschaften zwischen West- und Ostunternehmen derselben Branche zu bilden, um dem östlichen Mangel bei Vertrieb und Marketing auszugleichen, war ein Fehler. Im Frühjahr 1991 entdeckte die Treuhand, dass einige Westunternehmen ihre Ostpartner dabei heimlich kräftig benachteiligten. Mitte 1991 waren alle Vertriebsgesellschaften wieder aufgelöst. In einigen Fällen war die Treuhand bei westlichen Bewerbern zu leichtgläubig und ist Betrügern aufgesessen. Kritisiert wird auch dies: Westdeutsche Unternehmen, die von der Treuhandanstalt um Leihmanager für begrenzte Zeit gebeten wurden, haben nicht immer ihre besten Leute geschickt. Helmut Kohl hat der westdeutschen Wirtschaft sogar unpatriotisches Verhalten vorgeworfen. So allgemein würde ich das nicht unterschreiben.

Es gibt aber auch Verdienste der Treuhand. Die Treuhand hat verhindert, dass die DDR zum bloßen Absatzmarkt für Westwaren wurde. Die westdeutsche Industrie war nämlich nur zu 68 Prozent ausgelastet und musste ihre Produktion nur um 15 Prozent steigern, um die gesamte DDR zu versorgen. Die Treuhand hat bei der Privatisierung Investitionen und Arbeitsplatzgarantien verlangt. Sie hat verhindert, dass sich im nachrevolutionären Chaos eine Klasse von Multimillionären etabliert, wie in Russland. Und sie hat verhindert, dass alte Seilschaften die Industrie (und dann wohl auch die Politik) unterwandern, wie in Rumänien. Und sie hat viel mehr Betriebe am Leben erhalten, als 1990 prognostiziert wurde. Der Rektor der Ostberliner Hochschule für Ökonomie, Rudolf Streich, schätzte im Februar 1990, dass 60 Prozent der DDR-Betriebe Pleite gehen; Dieter Voigt, Generaldirektor des IFA-Kombinats Personenkraftwagen, schätzte die Zahl im Mai auf 50 Prozent, Westministerien rechneten gleichzeitig mit 70 Prozent, wie seinerzeit der *Spiegel* berichtete. Am Ende waren es 26,8 Prozent. Und heute? Ostdeutschland

steht unter allen ehemals sozialistischen Ländern am besten da, oft auch besser als manche notleidenden Regionen im Westen. Hier noch neueste Arbeitslosenzahlen: Thüringen 7,8 Prozent, Nordrhein-Westfalen 8,3 Prozent.

DER REDNER

Prof. Dr. Richard Schröder

Geboren 1943 in Frohburg/Sachsen, emeritierter Professor am Lehrstuhl für Philosophie und Systematische Theologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, Abgeordneter im Deutschen Bundestag zur Zeit der Wiedervereinigung, Fraktionsvorsitzender der SPD in der letzten Volkskammer der DDR.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Walter Bajohr

Leiter der Zentralabteilung Kommunikation und Medien

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin

Telefon: +49(0)-22 41-2 46 25 17

E-Mail: walter.bajohr@kas.de